

Perestrojka - Entwicklung, Bedeutung, Aussichten*

Dr. Klaus Segbers ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fachgruppe Osteuropa/Sowjetunion der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen.

Die sowjetische Geschichte ist heute leichter zu schreiben als je zuvor. Abgeschlossene Perioden sind einfacher zu behandeln als solche, deren Ende noch offen ist. Dagegen ist die sowjetische Gegenwart nur mühsam darstellbar. Die Sowjetunion im traditionellen Sinn gibt es nicht mehr, und der Begriff selbst ist, obwohl umgangssprachlich noch immer verwendet, prekär geworden. Die Frage nach Leistungen, Kosten und Versäumnissen des sowjetischen Entwicklungsmodells, nach Zielen und Perspektiven und Zukunft der bislang sowjetischen Regionen ist nicht (mehr) eindeutig zu beantworten. Vielmehr gibt es darauf zahlreiche Antworten, alle genährt aus unterschiedlichen Sichtweisen und Interessen auf dem Boden der bisherigen Sowjetunion.

Die Antwort auf die Frage, was unter „perestrojka“ zu verstehen ist, scheint zunächst leicht zu fallen: Es handelt sich um einen historischen Veränderungsvorgang, der in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die Sowjetunion erfaßt hat, und der noch nicht abgeschlossen ist.

Wenn jedoch näher zu bestimmen ist, worum es sich handelt, werden Probleme aufgeworfen, die schon schwieriger zu lösen sind, und die in der die Meinungen wesentlich mitprägenden Öffentlichkeit, etwa in den Medien, häufig nachlässig beantwortet werden. Dazu gehören: Warum perestrojka? Warum

* Vorabdruck (einer erweiterten und aktualisierten Fassung) aus: Perestrojka konkretj hrsg. von Wolfgang Schwegler-Rohmeis und Klaus Segbers, erscheint im Herbst 1991 im Verlag Leske + Budrich, Opladen.

zu diesem Zeitpunkt? Welchen Charakter hat sie? In welchen Etappen und Formen verläuft sie? Wer trägt sie? Worauf zielt sie hin?

Warum Systemwechsel?

1. Warum? Dazu zunächst etwas zur Vorgeschichte. Anders als viele sowjetische und westliche Beobachter heute meinen, waren die vergangenen sieben Jahrzehnte und auch die siebziger Jahre für die UdSSR keineswegs nur eine Periode finsterner Stagnation. Das Land hatte sich seit den zwanziger Jahren, über viele Entwicklungsblockaden und über den großen Krieg hinweg, modernisiert. Viele Städte waren neu entstanden, die Bevölkerung war alphabetisiert und, darüber hinaus, im internationalen Vergleich recht gut ausgebildet. Es gab kaum offene Arbeitslosigkeit, und seit den dreißiger Jahren mußte niemand hungern. Die internationale Stellung des Landes war gewaltig aufgewertet: Der Außenseiter von 1917 war zur zweiten Weltmacht geworden, zu einem wichtigen Faktor der Weltpolitik.

Diese Leistungen waren jedoch mit gewaltigen Kosten erkaufte worden. Industrialisierung und Kollektivierung wurden im Eiltempo vorangetrieben. Hungersnöte und Entwurzelung waren die Folge. Ständige Säuberungen und zeitweise ein Terrorregime bedrohten die eigene Bevölkerung. Der sowjetische Entwicklungsweg, der nach dem Zweiten Weltkrieg gar zum meist aufgenötigten „Modell“ in Ostmitteleuropa und in einigen Ländern der „Dritten Welt“ wurde, kostete Dutzende Millionen Sowjetbürger Freiheit oder Leben. Dies war die Kehrseite einer spezifischen Modernisierung, die auch nicht dadurch heller wird, daß die Frühindustrialisierung in Westeuropa und in den USA ebenfalls außerordentlich kostenreich war.

Dennoch wurde das Erreichte von vielen Menschen in der Sowjetunion als Fortschritt empfunden, der mit dem Einsatz des eigenen Arbeitslebens unter widrigen Bedingungen und trotz eines Weltkrieges mit weiteren Millionenopfern errungen wurde. Der „Sowjetpatriotismus“ war deshalb nicht nur eine von der politischen Führung vorgegebene Behauptung, sondern er hatte einen realen Nährboden (und hat ihn in der älteren Generation bis heute).

Die in fünfzig Jahren erreichte Modernisierung (hier neutral gemeint und mit Vorbehalt gemessen an den Vorgaben westlicher Industriestaaten) wurde durch einen sowjettypischen, direktiven und formal hochzentralisierten sowie risikoscheuen Wirtschaftsmechanismus, ein spezifisches, in vielem starres, anpassungsunwilliges politisches und soziales Gefüge und durch eine keineswegs eindeutige, sich fasziniert abgrenzende Außenorientierung getragen. Alle vier Grundpfeiler - Ökonomie, Politik, Gesellschaft und Außenverhalten - waren in einer historischen Situation entstanden, die 50 Jahre zurücklag. Trotz mancher Wandlungen waren sie, insgesamt, recht stabil. Nun jedoch, in den siebziger und frühen achtziger Jahren, wurde immer klarer und schließlich überdeutlich, daß sie, auch mit Anpassungen und „Vervollkommnungen“ und trotz mancher „Lerneffekte“, die innere Stabilität und den äußeren

Status des Landes nicht mehr absichern konnten. Sie waren endgültig verbraucht: Das gesellschaftliche und politische Ensemble war zum Hemmschuh der weiteren Entwicklung geworden.

Weil dies zu spät erkannt und zu spät als Ausgangspunkt einer grundlegend neuen Politik genommen wurde, die erst noch später in einen umfassenden Systemwandel mündete, wurde eine krisenhafte Zuspitzung der Funktionsmängel und Leistungsdefizite unausweichlich. Diese Krise baute sich allmählich auf, ihre Elemente verstärkten sich wechselseitig, und sie überragte frühere Krisenperioden schließlich bei weitem. Krise und traditionelles Sowjetsystem wurden schließlich beinahe Synonyme.

Die Zuwachsraten des Volkseinkommens flachten immer weiter ab, bis sie schließlich Anfang der achtziger Jahre negativ wurden - erstmals seit Beginn der Fünf Jahresplanung (die Kriegszeit ausgenommen). Zugleich fand sich die notorisch innovationsträge sowjetische Ökonomie in einem anhaltenden, in technologischen Schlüsselbereichen gar zunehmenden Rückstand zu den OECD-Staaten. Die dritte industrielle Revolution, die Informationstechniken zur entscheidenden Produktivkraft macht, drohte an der UdSSR vorbeizulaufen. Die sowjetische Gesellschaft verlor die relative Beschaulichkeit und Normalität, die sie nach der Stalinzeit in den fünfziger und sechziger Jahren vorübergehend geprägt hatten: Alkohol und andere Rauschmittel fanden immer breitere Verwendung, die Familien und andere soziale Einheiten verloren an Stabilität, und die abnehmende Bindungskraft alter Normen und Vorgaben sorgte im Zusammenhang mit dem immer breiteren Eindringen westlicher Vorbilder und Orientierungen für eine wachsende Orientierungskrise, vor allem unter Jugendlichen. Auch außenpolitisch sah die damalige sowjetische Führung den erworbenen Status einer zweiten Weltmacht unter Druck, wenn nicht bedroht.

Die quantitative und qualitative Krise der Ökonomie, gesellschaftliche Zerrüttungen und das Schwanken der „unkompletten Weltmacht“ in der internationalen Politik bezeichneten endgültig die Erschöpfung des traditionellen sowjetischen Politik- und Entwicklungsmodells. Der Veränderungsdruck wurde so stark, daß ein grundlegender Wandel unausweichlich wurde. Er setzte Anfang der achtziger Jahre zögernd, ab 1984/85 energischer ein. Inzwischen ist er in einen umfassenden Austausch des alten Systems gegen ein neues, noch nicht genau bekanntes, aber jedenfalls „westlicheres“ System gemündet.

Die Art des Wandels

Die also notwendig gewordene perestrojka konnte keinen oberflächlichen, retuschierenden Charakter mehr haben. Sie mußte die Grundfesten des seit den späten zwanziger Jahren geltenden Sowjetsystems angreifen. Dies war einigen derjenigen, die den Systemwandel ermöglichten, schon vor 1984 deutlich - oder sie ahnten es zumindest. Gorbatschow gehörte dazu. Und dennoch

begann die perestrojka zunächst als Versuch einer Systemmodernisierung. Stichwörter wie „Beschleunigung“ und „Effektivierung“ verdeutlichen das. Erst in einem zweiten Schritt ging es offensichtlich um einen Systemwandel. Damit war durchaus vereinbar, daß zumindest in öffentlichen Debatten die Rede davon war, daß das sozialistische Potential nun erst richtig realisiert werden müsse. Erst danach, deutlich ab 1989, mündeten die Debatten und die Aktivitäten schließlich in die Einleitung eines schwierigen und langwierigen Systemwechsels, eines Systemtauschs, dessen Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit schon seit den späten siebziger Jahren absehbar war.

Die Reformen setzten in mehreren Schüben (Anläufen) und auf verschiedenen Ebenen (politischen Aktionsbereichen) ein. Mehrere, immer umfassendere und entschiedeneren Ansätze waren erforderlich, um den komplexen Systemwandel und dann -Wechsel einzuleiten und durchzusetzen. Was Ende 1983 zunächst als Personalrochade, als Disziplin- und Ordnungskampagne sowie als Verbreitung einiger Diskursräume begonnen hatte, ging ab 1985 in einen Generationswechsel der Macht- und Facheliten, in ein Beschleunigungsprogramm für die wirtschaftliche Entwicklung und in einen kulturellen Frühling über. Wieder zwei Jahre später standen nicht mehr nur Intensivierung und Beschleunigung, sondern eine radikale Umgestaltung des gesamten Wirtschaftsmechanismus auf dem Programm. Im politischen Bereich sollten nicht mehr nur Partei und Räte belebt, sondern alle Sphären des politischen und gesellschaftlichen Lebens demokratisiert und verrechtlicht werden. In Medien, Wissenschaft und Kultur fielen (fast) alle von oben gezogenen Grenzen.

Die eingeleiteten Veränderungen waren von einer solchen Tiefe und Radikalität, daß sie, obwohl als Programm und Strategie noch keineswegs ausformuliert und vollkommen, bereits ihrerseits für „Strukturprobleme des Übergangs“ vom alten, erschöpften Zustand in eine neue, weithin Ungewisse Zukunft sorgten. Es verbanden sich also die alten, weithin ungelösten Erschöpfungsprobleme des traditionellen Sowjetsystems mit einer Krise des Antwortversuchs - der perestrojka.

Formen des Systemwechsels

Welche Formen nimmt der Systemwechsel an? In diesem Bereich kam man lange über das Registrieren seiner komplizierten und vielgestaltigen Verlaufsformen nicht hinaus. Dies bleibt auch heute eine wichtige und oft schwierige Arbeit. Sie ist wesentliche Voraussetzung dafür, die Wirkungen und die Bedeutung der massenhaften und oft unkoordinierten, gegenläufigen und unabgeschlossenen Veränderungen für die zukünftige Organisation und Realität der derzeitigen oder bisherigen Sowjetunion absehen zu können. Inzwischen ist erneut überdeutlich geworden, daß diese historischen Brüche und Übergänge nicht schmerzfrei und nicht rasch, nicht glatt und technisch gefällig vonstatten gehen, gehen können.

Die Veränderungen spielen sich zugleich auf mehreren Ebenen - politischen Aktionsfeldern - ab, die sich zwar gegenseitig beeinflussen, die aber untereinander in der Regel nicht koordiniert sind. So können Eingriffe und Reaktionen in den Bereichen Rechts- und Außenpolitik oder Wirtschaftssystem und Demokratisierung eine ganz unterschiedliche Reformausprägung haben. Würde man nur auf ein oder zwei Sektoren schauen und danach bewerten, wäre das Ergebnis wahrscheinlich unzutreffend. Diese Feststellung der nicht eindeutigen Beziehungen zwischen einzelnen Politikern und Aktionsbereichen ist wichtig. Sie bedeutet, daß aufgrund von Beobachtungen und Interpretationen der Entwicklungen auf nur einer Ebene keine Aussage über Richtung und Tempo des gesamten Wandlungsprozesses möglich ist. Dies wird bei westlichen — und vielen sowjetischen — Einschätzungen oft mißachtet. Entsprechend kurzschlüssige Bewertungen sind die Folge.

So wurde die perestrojka nach 1985 aufgrund der Veränderungsresistenz in vielen Bereichen lange als nicht tiefgehend oder gar als Täuschungsmanöver interpretiert. Als die Dynamik des Systemwandels offensichtlich wurde, brach eine perestrojka-Euphorie aus, die die Strukturprobleme und die Dauer des Systemwechsels übersah. Der Versuch einer autoritären Stabilisierung im Winter 1990/91, der eine Reaktion auf Steuerungsverluste und auf eine bestimmte politische Kräftekonstellation war, wurde als Rückkehr zu Vorperestrojka-Zeiten oder als Scheitern des Systemwechsels (miß)verstanden; und so weiter.

Richtung des Wandels

In welche Richtung bewegen sich die teils gesteuerten, teils „sich ereignenden“, geschehenden Wandlungsprozesse? Hier gibt es seit dem Jahre 1990 wenig Zweifel, daß die künftige Ökonomie des überwiegenden Teils der derzeitigen UdSSR primär marktgesteuert sein wird; daß die politische Verfassung einer erneuerten Auffang- oder Rest-Sowjetunion einem parteiförmigen parlamentarischen Pluralismus mit Restelementen von Rätestrukturen entsprechen wird; und daß auf dem Gebiet der „Union der sozialistischen Sowjetrepubliken“ im Ergebnis eines Zerfalls des sowjetischen Imperiums zunächst und wahrscheinlich auf Dauer unterschiedliche staatliche und administrative Zustände koexistieren werden.

Der Putsch und seine Folgen

Der gescheiterte Putschversuch vom 18./19. August 1991 hat die, den Systemwechsel bestimmenden und ihn formenden Rahmenbedingungen und Wirkmechanismen nicht außer Kraft gesetzt. Aufgeblendet und akzentuiert wurden Ende August der Zustand des zerfallenden traditionellen Sowjetsystems wie auch die Befindlichkeit des Projekts Systemwechsel; und beschleunigt kann - oder könnte - er seitdem verlaufen. Ob dies aber eine neue Qualität ausmacht, bleibt dahingestellt. Jedenfalls scheint es derzeit sinnvoll, eher die Zusammenhänge als die Brüche zu betonen.

Die Hauptentwicklungen sind dieselben geblieben: Der Unionszerfall hatte längst eingesetzt - seine Unausweichlichkeit ist nun überdeutlich, aber nicht neu konstituiert. Fragmentierung und Zerfall der KPdSU waren spätestens seit dem 28. Parteitag auch dem ungeübten Auge sichtbar - sie werden nun an ihren logischen Schlußpunkt gebracht, der auch ein neuer Beginn in anderer Form werden mag. Die ökonomische Leistungsfähigkeit ist seit Jahresbeginn dramatisch gesunken - hier ändert der Putschversuch wenig (wie auch ein vorübergehendes Gelingen wenig verändert hätte). Die sozialen Spannungen wie zwischennationale Konflikte gelten unverändert und drohen sich weiter zu verschärfen. Die insgesamt eher zögerliche Gegnerschaft zu dem Staatsstreich reichte aus, ihn rasch scheitern zu lassen. Aber sie hat keinen neuen gesellschaftlichen Zusammenhalt konstituieren können.

Während des versuchten Staatsstreichs standen sich nicht rein geschiedene Lager von Reformfreunden und -gegnern gegenüber. Eher handelte es sich bei den Putschisten, die höchste staatliche und wichtige gesellschaftliche Institutionen und Gruppen vertraten, um eine Mischung aus resignativem, zögerndem Trotz, einen Tag vor der geplanten Unterzeichnung des Unionsvertrages, und um moderatere, aber eben konkurrierende Konzepte beziehungsweise Elemente von Systemwandel. Harte bis desorientierte Interessenvertreter und Totalausfälle kamen hinzu. In der allgemeinen Frage der Notwendigkeit fundamentaler Veränderungen des traditionellen Sowjetsystems waren sie sich weitgehend einig mit dem Präsidenten und den Republikführungen; ebenso in der Diagnose (nicht: Erklärung) der Transformationsprobleme wie hinsichtlich der Notwendigkeit, einem wilden Auseinanderfallen des Landes, der Ökonomie, der Sozialverhältnisse und jedweder Steuerung zu widerstehen. Ein selektiver oder allgemeiner Ausnahmezustand gehörte durchaus zu dem Instrumentarium, das auch zentristische Reformer in Erwägung zogen. In diesen Fragen waren die Putschisten genaugenommen auch mit vielen westlichen Regierungen und Kommentatoren nicht sehr im Dissens. Die bis an die Grenze des Verständnisses reichenden Stellungnahmen westlicher Regierungen in den ersten Stunden des 19. August zeugen davon, daß die große Scheidung in lichte Reformfreunde und finstere Gegner eher eine bequeme Verständnishilfe war denn Ausdruck der realen Interessenlagen.

Während es also im Kern um den unbeholfenen und wegen der eigenen Gespaltenheit auch unentschieden ausgeführten Versuch einiger Teile und Repräsentanten der Machtapparate ging, die (im wesentlichen übrigens unvermeidlichen) negativen Auswirkungen und Begleiterscheinungen des Systemwechsels aufzuhalten und den Reformprozeß anders zu organisieren (nicht: ihn abzubrechen oder gar im Kern zurückzudrehen), lassen sich die politischen und gesellschaftlichen Spaltungen auch entlang anderer Begriffe interpretieren. Wenn es stimmt, daß die traditionellen politischen Trennlinien durch den 9 + 1-Prozeß unscharf und teilweise überwunden wurden, so gilt zugleich, daß sie teilweise auch anders und neu gezogen wurden. Das entscheidende Kriterium zur Identifizierung gesellschaftlicher und reformpolitischer

Standorte ist nun die Zugehörigkeit (oder NichtZugehörigkeit) zu einem breit zu definierenden Reformlager, das die moderaten Gruppen und Flügel der politischen Formationen und der Interessengruppen vereint, die sich in der Mittelphase der perestrojka (etwa 1987 -1990) herausgebildet und profiliert haben. Nach diesem Verständnis gehören also die pragmatisch-realistischen Fraktionen der radikaldemokratischen interregionalen Abgeordnetengruppe, der Bewegung „Demokratisches Rußland“, der konservativen Abgeordnetengruppe „Sojuz“, der Staatsindustrie und der Wirtschaftsverbände wie der Arbeiterkomitees, auch der Streitkräfte und Sicherheitsapparate in den Hauptstrom des „neuen Zentrismus“ hinein. Diese de-facto-Integration rief unmittelbar Probleme in all diesen Organisationen und Gruppierungen hervor, bis zur Bedrohung des Binnenzusammenhalts. Nur wer diese offensichtlichen Umgruppierungen übersah, konnte noch mit Vorstellungen geschlossener gesellschaftlicher oder funktionaler Großgruppen operieren („das“ Militär, „die“ Partei und so fort), mit Konzepten also, die sich auch in anderen Phasen sowjetischer Geschichte schon als zu leichtgewichtig herausgestellt hatten.

Wenn es nun aber richtig ist, anzunehmen, daß es über Kernpunkte des Systemwechsels einen eher breiten Konsens gibt, dann stellt sich automatisch die Frage nach den sozialen und politischen Kräften, die sich diesem Zentrum nicht zugehörig (oder von ihm ausgegrenzt) fühlen. Reale und vermeintliche Reformverherer, diejenigen, die an Macht und Einfluß verlieren, auch an Privilegien, die vielen, denen Marktregulierung fremd ist oder bedrohlich scheint, diejenigen, deren Werte sich als brüchig erweisen, deren Lebensleistung hinterfragt wird - all sie bilden die oft stille, manchmal aktive Reserve der Reformgegner, die sich unter bestimmten Bedingungen ins politische Gefüge hineinziehen läßt. So war der Putschversuch auch das Aufbäumen eines Teils der Verlierer: des mit einem neuen Unionsvertrag, mit einem weit reduzierten Zentrum stark an Bedeutung einbüßenden Obersten Sowjet, den enormen Binnenproblemen und Orientierungskrisen ausgesetzten Streitkräften, den fragmentierten, nicht mehr geschlossen unionsweit operierenden Sicherheitsapparaten, den durch Landreform bedrohten Kolchosdirektoren und durch Entstaatlichung gefährdeten Staatsbetrieben, die durch eine unbedachte und schlecht organisierte Konversion geschwächten Teile des militärisch-industriellen Komplexes, die immer ohnmächtiger eine geschwächte KPdSU verwaltenden ZK-Funktionäre und so weiter.

In die bisher ausgeleuchtete Datenfolge fügen sich der 2. beziehungsweise 5. September überraschend gut ein: Am ersten Tag des außerordentlichen 5. Kongresses der Volksdeputierten präsentierten der sowjetische Präsident und die Vertreter von zehn Republiken (10 + 1) einen Deklarationsentwurf, der den Abgeordneten zur Beschlußfassung beinahe ultimatim nahegelegt wurde. Nach einigem Widerstand, der sich vor allem von den „Rändern“ regte, und einigen Modifikationen sowie einer erneut recht angriffslustigen Tagungsleitung durch Gorbatschow wurden am Schlußtag schließlich die vorgelegte

Erklärung, ein verfassungsänderndes Gesetz über Übergangsstrukturen und eine Menschenrechtserklärung angenommen.

Diese Dokumente folgen insgesamt den Prinzipien, die der russische Präsident Jelzin und ähnlich der sowjetische Präsident Gorbatschow nach dem Staatsstreichversuch vorgegeben hatten: die Erhaltung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes des Landes (das heißt aller bislang 15 Unionsrepubliken); die Bildung einer Union freier souveräner Staaten; die Erhaltung einheitlicher Streitkräfte bei unantastbarer Kontrolle des Zentrums über die Nuklearwaffen (mit dem Vorbehalt Rußlands, seinerseits die Geschlossenheit des Nuklearpotentials der Armee zu garantieren); die Sicherung strenger Garantien für die Menschenrechte auf dem gesamten Gebiet des Landes. Außerdem hatten sich die Führungen der Union und von zehn Republiken nun schließlich darauf verständigt, eine „wirklich freiwillige Union“ zu schaffen, die den „Interessen aller“ dienen soll und deshalb föderative, konföderative und assoziative Verbindungen parallel, je nach Sachbereich, zulassen soll.

Damit stellt sich in den nächsten Wochen und Monaten die Frage, ob und wie weit die neuen Übergangsstrukturen genutzt werden können, und wie effektiv sie sein werden, um die verschärft anstehenden gewaltigen Sach- und Überlebensprobleme zu meistern. Dies wird der eigentliche Prüfstein für die Kompetenz und Legitimität der alten und neuen Reformzentristen sein und bleiben. Verglichen mit dieser Aufgabe war das Widerstehen und das Ausschalten der Putschisten eine Aufgabe minderen Ranges.

Die Macht- und Einflußstrukturen werden sich weiter ändern, aber auch jetzt nicht in Form eines radikalen Austausches, sondern eher durch Mutation und Adaptierung innerhalb der bestehenden Eliten sowie durch Kooptierung von Vertretern neuer Interessengruppen. Hier werden vor allem die Entwicklungen innerhalb der großen gesellschaftlichen Interessenverbände und der Parlamentsfraktionen zu beobachten sein.

In den bisherigen Republiken und in manchen Regionen wird die Rücknahme der alten Zentrale mit ihrem Regelungsanspruch zur Verstärkung innerer Widersprüche führen. Dabei werden sich auch Varianten autoritärer Regime (Georgien) und vielfache Instabilitäten (Ukraine, potentiell auch in den drei baltischen Staaten) entwickeln.

Auch zwischen einzelnen Republiken und Regionen müssen sich neue Umgangs-, Kooperations- und Austauschformen herausbilden. Keineswegs ist gewiß, daß die horizontalen Beziehungen ohne den eingrenzenden, aber auch mäßigenden Druck der alten Zentrale wirksamer und friedfertiger sein werden. Die objektiv gegebene russische Dominanz, die die russische Führung dann, wenn es ihr zweckmäßig scheint, auch betont, wird von anderen Republiken mit Argwohn beobachtet.

Auf der Ebene der erneuerten Unionszentrale werden sich die neuen Steuerungsmechanismen (der erneuerte Oberste Sowjet, das Interrepublikanische

Komitee für die operative Wirtschaftssteuerung, ein Staatsrat) entwickeln und bewähren müssen, so, daß sie in den Schlüsselbereichen Wirtschaft und Sicherheit effektiv sind, aber dennoch nicht (zu sehr) den verleiteten alten Instituten (Formalparlament beziehungsweise entscheidungsgehemmter Volksdeputiertenkongreß, Ministerrat (Ministerkomitee), Politbüro/Präsidentenrat/Sicherheitsrat) gleichen. In der Ökonomie ist trotz der positiven Beschlüsse ungewiß, ob und inwieweit der Erhalt eines einheitlichen Wirtschaftsgebiets gelingt. Der sowjetische Rubel wird (nicht nur im Baltikum) durch andere Währungen ergänzt werden.

Im sicherheitspolitischen Bereich sind inner- wie außerhalb der neuen Union ebenfalls Probleme vorstellbar. Derzeit lagern bei weitem nicht alle Atomwaffen und ihre Träger in Rußland. Weitere Installationen wie Testgelände sind verstreut disloziert. Die russische Kontrollgarantie ist bislang objektiv nicht realisierbar; ihre Verwirklichung würde, politische Widerstände einmal als gelöst vorausgesetzt, erhebliche Geldmittel erfordern. Nach außen schaffen die Überstellung der KGB-Truppen an die Streitkräfte Anrechnungsprobleme bei KVE und KSZE. Die gesamte Architektur beider Instrumente sowie die weiterer Gremien und Institute muß überprüft werden. Spätestens im Falle der Einbeziehung von Nachfolgestaaten der bisherigen Sowjetunion (und Jugoslawiens) wird das Konsensprinzip in internationalen Organisationen nicht mehr durchzuhalten sein. Die Frage des ständigen sowjetischen Sitzes im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist zu klären. Die EG wird sich nicht auf Dauer abschließen können.

Es ist dies übrigens auch die Zeit, nachdrücklicher über die Ursachen für vermeidbare, aber anhaltende und wiederholte westliche Fehler nachzudenken. Bestätigt wurden durch den Staatstreichversuch nicht diejenigen in- und außerhalb der bisherigen Sowjetunion, die ständig die Wahrscheinlichkeit eines Militärputsches behaupteten. Zum einen handelte es sich um einen „Militär“-Putsch und zum zweiten zeigte sich gerade jetzt, daß die Analysen derjenigen zuträfen, die auf die Fragmentierung aller gesellschaftlicher Großgruppen hingewiesen hatten, „das“ Militär einbezogen. Die Hintergründe des Putschversuchs haben nicht mit einem „Scheitern“ des Systemwechsels zu tun, sondern mit den gravierenden „Altlasten“, den schweren Startbedingungen, dem Mangel an Modellen, der außerordentlichen sozialen, nationalen, historischen, religiösen und kulturellen Heterogenität dieses „Experimentierfeldes“ und nicht zuletzt mit der Radikalität des Wandels in einem kurzen Zeitraum, die Friktionen, Gegenkräfte und Rückschläge unausweichlich macht.

In Verkennung der objektiven Ursachen des 1982/85 eingeleiteten Systemwandels (später: Systemwechsels) wurde oft behauptet, ein Putsch oder sonstige Widrigkeiten und Gegenkräfte könnten das Projekt *perestrojka* nicht nur bremsen und blockieren, sondern auf den Ausgangspunkt oder gar dahinter zurückwerfen. Diese Annahme ist unhistorisch und reduziert den sowjetischen Wandel letztlich auf das Auftauchen einer neuen Mannschaft oder eines

neuen Mannes, während er tatsächlich der endgültigen Erschöpfung der alten Systemträger geschuldet ist.

Die insgesamt in historisch außerordentlich kurzer Zeit erfolgten Wandlungen in der Sowjetunion haben das zu erwartende Maß an Unverständnis und Widerstand hervorgerufen. Bisher waren die Gegenkräfte gerade noch einzudämmen. Der auch innerhalb der UdSSR oft anzutreffende revolutionäre Romantizismus, dem Lande ginge es längst gut, wenn die Veränderungen nur noch radikaler und rascher erfolgt wären, legt tagespolitisch motivierte Kriterien an Prozesse an, deren Entfaltung in Westeuropa und in den USA (mindestens) Jahrzehnte beanspruchte.

Die organisierte Abfangbewegung gegen den Staatsstreichversuch mußte im wesentlichen ohne den sowjetischen Präsidenten und bisherigen Generalsekretär der KPdSU auskommen. Es waren also genügend Gegenkräfte in den Metropolen und gelegentlich auch in der Provinz und an der Peripherie vorhanden, die instrumentierte (im Gegensatz zu den faktischen) Reformblockaden nicht zulassen. Der geniale Machiavellist Gorbatschow wird seine früher und wahrscheinlich auch weiter fruchtbare Rolle noch eine Zeit spielen, aber das Schicksal des Systemwechsels ist nicht mit dem seinen identisch.

Westliche Regierungen, Parteien und Medien haben sich jahrelang einer erstaunlichen Realitätsvermeidung befleißigt und eine äußerst traditionalistische und zentralistische Kontaktstrategie verfolgt. Die neuen Parteien, Bewegungen, Eliten im Zentrum und an den Peripherien wurden weitgehend ignoriert oder geringschätzig abgetan. Nun spätestens ist deutlich geworden, daß Jelzin ein Politiker von Gewicht und Nazarbajew keine Figur aus 1001 Nacht ist.

So sollte die Erfahrung des Scheiterns des Putschversuchs nicht nur in der früheren Sowjetunion einen weiteren, neuen Reformimpuls auslösen, sondern auch bei westlichen Beobachtern und Interpreten eine gründliche Prüfung der eigenen Annahmen, Kategorien, Modelle und Begriffe befördern.